

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927**

27.6.1927 (No. 146)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14 Fernsprecher: Nr. 953 und 954 Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. K. Mend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— M. einschl. Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Massenrabatt gut und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern bezogen. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vortreibung, und Kontoverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralkalenderregister für Baden, Badischer Zentralkalender für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Postfachblätter, Antilige Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

### Amtlicher Teil

#### Die Lage des Arbeitsmarktes in Baden für die Zeit vom 16. bis 22. Juni 1927.

(Mitgeteilt vom Landesamt für Arbeitsvermittlung)  
Die günstigere Entwicklung der Arbeitsmarktlage hält an. Gegenüber rund 12 Arbeitsuchenden, die am 15. Juni im Durchschnitt auf je eine, bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen des Landes gemeldete offene Stelle entfielen, belief sich diese Ziffer am 22. Juni nur noch auf rund 10,5. Die Erwerbslosenunterstützungsempfängerziffer sank weiterhin — diesmal von 22 124 auf 21 028 und zwar bei gleichzeitiger Verringerung der Zahl der Kräftefürsorgeempfänger von 9433 auf 9400.

Der Kräftebedarf der Landwirtschaft, des weiteren derjenige der Kleinindustrie und Granitsteinhauerei blieb bestehen.

Wenn sodann in der Metallverarbeitungs- u. Maschinenindustrie in der Berichtzeit auch von seiten einiger Fabriken zu Arbeitsbeschränkungen geschritten wurde, so hielt doch die Inanspruchnahme der Arbeitsvermittlung von seiten des allgemeinen Maschinenbaues, der Gießerei, der Nähmaschinen- und Herdfabrikationen, der Aluminiumindustrie und der Elektroindustrie im allgemeinen weiterhin an. Die Nachfrage nach Drechern, Fräsern, Bohrern und Hoblern mittleren Alters aus der Mannheimer Industrie dauerte in gesteigertem Maße fort. Innerhalb der Pforzheimer Schmuckwarenindustrie, für die für die letzten 4 Wochen immerhin eine Verringerung des Kräfteangebots um etwa 500 Arbeitsuchende festzustellen ist, bezog sich die Nachfrage nach Kräften vornehmlich auf Spezialarbeiter der Juwelen- und der Goldbranche.

Im Spinnstoffgewerbe (vornehmlich Baumwoll-, Seidenstoff- und Tuchfabrikation sowie Hanfseilfabrikation) hält die günstige Arbeitsmarktentwicklung unvermindert an.

In der Nahrungsmittelindustrie erwies sich vor allem die Konervenfabrikation aufnahmefähig. Im Genussmittelgewerbe bestanden die in der Zigarrenindustrie beobachteten Schwankungen fort, Entlassungen von seiten der einen Betriebe stießen Einstellungen in anderen gegenüber. Im Bruchsaler Arbeitsnachweisbezirk verstärkte sich die Nachfrage nach Verkleberinnen für Zigarrenlisten. Die Kurzarbeiterziffer des Tabakgewerbes hat sich in der Zeit vom 15. bis 22. Juni im Endergebnis kaum verändert, sie belief sich zuletzt auf 3574. Innerhalb der Zigarettenindustrie blieb der Geschäftsgang anhaltend gut.

Im Bekleidungs- u. Gaststättengewerbe machte sich die Beendigung der Saison erheblich fühlbar.

Von seiten des Baugewerbes mußte zur Deckung des Bedarfs vor allem an Bruchsteinmauernern und Gipsern die zwischenörtliche Vermittlung in Anspruch genommen werden.

Im Hotel- und Gaststättengewerbe war örtlich vermehrte Inanspruchnahme des Arbeitsmarktes zu beobachten, anderwärts verringerte sie sich nach Deckung des Kräftebedarfs, ohne daß indes der allgemeine Mangel an Küchenpersonal nachgelassen hätte.

#### Die Zolltarifnovelle beim Reichsrat

Die Zolltarifnovelle ist soeben dem Reichsrat zugegangen und wird bereits in der nächsten Woche vom Reichsrat erledigt werden. Sie soll, wie Reichsernährungsminister Schiele bereits auf der Tagung des Landwirtschaftsrates mitteilte, den Kartoffelzoll um 100 Proz. und den Zuderzoll von 10 auf 14 M bei gleichzeitiger Senkung der Zudersteuer erhöhen. Die geltenden ermäßigten Zwischenzölle für eine Reihe von Warengruppen und die Zollfreiheit für Gefrierfleisch soll bestehen bleiben. Der Reichsfinanzminister hat, wie das „V.D.Z. Büro“ hört, erklärt, daß er beabsichtige, die Zudersteuer ganz erheblich zu senken.

#### Poincaré über den Friedenspakt mit den Vereinigten Staaten

Auf einem in Paris von dem amerikanischen Klub gegebenen Bankett hielt Ministerpräsident Poincaré eine Ansprache, in der er auf die Bestrebungen zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten einen dauernden Frieden abzuschließen, einging. Poincaré erklärte: Wir würden uns alle freuen, wenn ein solcher Pakt zwischen uns abgeschlossen würde, aber er besteht schon, ehe er zu Papier gebracht ist. Von dem Unabhängigkeitskrieg bis zur Zeit nach dem großen europäischen Kriege haben wir 1 1/2 Jahrhunderte lang gemeinsame Erinnerung geschaffen, die nicht auslöschen kann.

### Der Jahresbericht des Badischen Gewerbeaufsichtsamtes

II. Die Ergebnisse der Gewerbebeurteilungen  
28. Sie sind u. a. in umfangreichen, nach Betriebsgruppen geordneten Zahlenübersichten enthalten, in denen zum erstenmal auch die Handelsbetriebe aufgenommen wurden. Daneben sind die Zahlen der Gewerbebeurteilungen mitgeteilt. Die Zahlenübersichten haben in Übereinstimmung mit den übrigen Ländern eine vollständige Neuordnung erfahren. Die Ergebnisse der Beurteilung sind verschiedentlich im Jahresbericht ausgewertet. So ist z. B. in Verbindung mit der Überstundenfrage eine Erörterung angestellt, die sich auf die Gewerbebeurteilung von 1925 stützt und deren Zahlenangaben recht lehrreich für die von uns schon angeordnete Industrialisierung Badens sind. Nach der Gewerbebeurteilung im Jahre 1925 waren nach dem Bericht in Baden 127 maschinen-technische Betriebe im engeren Sinne mit mehr als 20 Arbeitern vorhanden, in denen 28 125 Arbeiter beschäftigt wurden. (Betriebe mit mehr als 100 Arbeitern: 45 mit insgesamt 24 296 Arbeitern.) Die Maschinenindustrie im weiteren Sinne umfaßte 229 Betriebe mit 46 917 Arbeitern, wovon 80 Betriebe über 100 Arbeiter beschäftigten. Die Gewerbebeurteilung stellte 192 Zettlbetriebe mit mehr als 20 und mit zusammen 38 310 Arbeitern fest. (Betriebe über 100 Arbeiter: 98 mit 33 714 Arbeitern.) Die Tabakindustrie zählte 535 Betriebe mit mehr als 20 und insgesamt 38 451 Arbeitern. (Betriebe mit 100 und mehr Arbeitern: 85 mit zusammen 14 267 Arbeitern.) Die Lederindustrie zählte 17 Betriebe mit mehr als 20 und rund 4770 Arbeitern. In der Uhrenindustrie ergab die Gewerbebeurteilung 65 Betriebe mit mehr als 20 und insgesamt 7406 Arbeitern. Insgesamt wurden in den 126 288 selbständigen Gewerbebetrieben Badens 432 429 Arbeiter gezählt. Außerdem entfällt der Jahresbericht eine eingehende Übersicht über die Hausarbeit Badens.

Die Betriebsräte  
Ein in Unternehmer- und Arbeiterkreisen viel besprochenes Kapitel! Der Bericht stellt als Tatsache fest, daß in ganz kleinen Betrieben allgemein der Betriebsobmann fehlt und sehr oft auch in mittleren Betrieben bis zu 100 Arbeitern ein Betriebsrat. Die Arbeiter hätten auf Veranlassung der Vertreter des Gewerbeaufsichtsamtes geantwortet: „Es will sich niemand mehr zum Betriebsrat hergeben!“. Dagegen sieht es, so sagt der Bericht bezüglich der Betriebsräte, in den größeren Betrieben wesentlich günstiger aus. Zudem wären in den Aufgabekreis der Betriebsräte im Berichtsjahr 1926 neben der Regelung von Beschwerden die Mitwirkung bei Verhandlungen von Entlassungen und Entlohnungen getreten. Die Betriebsräte hätten in diesen kritischen Zeiten nicht versagt, obwohl sie bei Entlassungen selbst in schwieriger Lage geraten wären.

Die Bekämpfung von Unfallgefahren und Betriebsunfällen  
Wie im letzten Jahre, so wurde auch in diesem Jahresbericht eine eingehende Übersicht über die in Baden gemeldeten gewerblichen Unfälle aufgestellt. Dieses Material ist nicht nur von allgemeinem Werte, sondern auch von besonderem, da es reichlich zur Verbesserung und Belehrung Möglichkeiten und Anregungen gibt. Der Bericht sagt: „Bei der Bekämpfung von Unfallgefahren waren die Betriebsräte wie in den Vorjahren tätig. Wenn wir von unserem Standpunkte ein noch immer weitergehendes Interesse wünschen, so müssen wir doch ihren bisherigen Eifer anerkennen. Erfreulicherweise trafen wir zwei größere Baustellen an, auf denen die Bauleitungen von der Vaulitung die Berechtigung und Anweisung erhalten hatten alle von uns geforderten Maßnahmen in Sachen des Unfallsschutzes sofort selbstständig ausführen zu lassen. Diese Anordnung über die Bemühungen der Bauleitungen hat sich denn auch so gut ausgewirkt, daß auf den beiden großen Baustellen kein Unfall von einiger Bedeutung vorgefallen ist.“ Anders sieht es allerdings bei den übrigen Betriebsunfällen aus. Die Gesamtzahl der gewerblichen Unfälle in Baden ist von 15 782 im Jahre 1925 auf 19 067 (darunter 125 tödlich) im Jahre 1926 gestiegen, mithin die bedauerliche Zunahme von 21 Prozent. Dies wird zurückgeführt u. a. auf eine genauere Erfassung sämtlicher Unfälle in gewerblichen Betrieben Badens und auf die leichte Verbesserung der Wirtschaftslage.

Der Bericht skizziert eingehend die Betriebsunfälle in den verschiedenen Berufen an welchen natürlich die Männer viel mehr beteiligt sind, als die Frauen und erklärt, daß die Unfallhäufigkeit an Arbeitsmaschinen den Hauptteil der Gesamtschäden bildet. Diese Unfallhäufigkeit sei am größten bei den Metallbearbeitungsmaschinen, dann bei den Holzbearbeitungs- und Textilmaschinen usw. Die Zahl der gemeldeten Unfälle hat sich gegenüber dem Vorjahr fast verdoppelt; an tödlichen Unfällen sind 23 zu verzeichnen, 7 mehr als im Jahre 1925. — Die Schilderung der Betriebsunfälle, wie sie entstanden und wie sie vielleicht künftig zu verhüten sind, nimmt im Bericht volle 52 Seiten in Anspruch, ein Beweis, welche große Bedeutung — mit Recht — das Gewerbeaufsichtsamte dieser Angelegenheit schenkt. Die hohe Zunahme von 21 Prozent scheint uns dies auch zu erfordern.

Gesundheitschädliche Einflüsse  
Leider konnten die für den Arbeiterschutz so wichtigen Befreiungskarte wegen Mangel an Geldmitteln nicht abgehalten werden; dagegen hat die Handsammlung mancherlei

Bemerkung erfahren. Ein Unfallshutbild ist dem Jahresbericht als Anlage beigelegt. Im übrigen bemerkt der Bericht: „Nachdem die Verordnung vom 12. Mai 1925 über die Ausdehnung der Unfallversicherung auf einige Berufsgruppen nun 1 1/2 Jahre in Kraft steht, ist sie auch allgemein bei Arbeitgebern, Arbeitern und praktischen Ärzten zur Kenntnis und praktischen Anwendung gekommen. Der Landesgewerbeamt steht mit den hauptsächlich in Frage kommenden Versicherungsämtern der großen Städte in ständiger Fühlung, um sich über die praktische Durchführung zu unterrichten.“

Es dürfte nicht allenthalben bekannt sein, daß unter dem auf Grund obiger Verordnung gemeldeten Krankheitsfall bei weitem an erster Stelle die Bleivergiftungen stehen. Seitens der Arbeitgeber wurden gemeldet: Aus Buchdruckereien 15 Fälle, aus Maler- und Lackierwerkstätten 10, aus keramischen Betrieben 2, aus einer Bleifarbenfabrik 19, von einer Zellstofffabrik 4 Fälle wegen vermutlicher Bleivergiftung. Arztlischerseits wurden gemeldet: Bleivergiftungen 10 aus Buchdruckereien, 9 aus Malerwerkstätten, 20 aus einer Bleifarbenfabrik, 5 aus einer Metallhütte, je einer bei einem Bäcker, Kesselarbeiter, Monteur, Arbeiter eines Bleimalzwerkes, ferner 4 aus einer Zellstofffabrik.

Au der Gelei hatte sich der Landesgewerbeamt mit einer Sonderausstellung über die Hygiene der Pforzheimer Schmuckwarenindustrie beteiligt, die im Gebäude für Gewerbebetriebe untergebracht war. Ermöglicht wurde sie durch die finanzielle Unterstützung der Ausstellungsleitung in Düsseldorf und der Pforzheimer Handelskammer in Verbindung mit einigen Pforzheimer Betrieben.

Im Auftrage und mit Unterstützung der Reichsarbeitsverwaltung war der Landesgewerbeamt in Gemeinschaft mit der Oberklinik in Heidelberg während des ganzen Jahres mit umfangreichen Arbeiten über die Gefährdungen bei Karmarbeitsberufen beschäftigt. Die Arbeit soll im Laufe des Jahres 1927 im Druck erscheinen. Im ganzen wurden 232 gewerbliche Anlagen vom Landesgewerbeamt besichtigt, einige Betriebe mehrmals, wenn dort größere Reihenuntersuchungen von Arbeitern vorgenommen werden mußten. Namentlich war dies in zwei Bleibetrieben und fünf Lehtbetrieben, woselbst Prüfungen der Hörfunktion angestellt wurden, der Fall.

### Die Befreiung Daudets

Die französische Regierung ist einer üblen Mystifikation zum Opfer gefallen. Am Samstag nachmittag begab sich ein Camelot du Roy in das Ministerium des Innern. Ein andere Mitglieder der royalistischen Jugendorganisation verteilten sich auf die Cafés, die in unmittelbarer Nähe des Ministeriums gelegen sind, und verlangten sämtlich die Telefonverbindung mit dem Ministerium des Innern, um die Telefonleitungen zu blockieren. Der im Ministerium des Innern befindliche Camelot ließ sich von dort aus eine Verbindung nach dem Gefängnis geben und den Gefängnisdirektor ans Telefon bitten, dem er mitteilte: „Im Ministerium ist die Freilassung Léon Daudets, Delejis, des Geschäftsführers der „Action Française“ und des Generalsekretärs der Kommunisten, Semard, beschlossen worden. Ich bitte Sie, um Manifestationen zu vermeiden, die drei Inhaftierten sofort unauffällig aus dem Gefängnis zu entlassen.“

Der Unterdirektor des Gefängnisses, der dieses Gespräch entgegennahm, drückte seine Verwunderung darüber aus, daß man den Kommunisten freilassen wolle. Über die Freilassung Daudets war er nicht erkaunt. Der Camelot du Roy antwortete ihm in energischer Weise: „Sie haben sich darum gar nicht zu kümmern. Es liegt ein formeller Befehl der Regierung vor. Sie haben den Befehl, den ich Ihnen erteilt habe, sofort auszuführen. Sie werden in Kürze Aufklärung erhalten. Für den Augenblick begnügen Sie sich damit.“

Hierauf wollte der Direktor des Gefängnisses sich vergewissern und rief das Ministerium an, dessen andere Leitungen natürlich besetzt waren, so daß er nur eine Verbindung und zwar die mit dem Camelot erlangte. Der Direktor erklarte, man habe soeben vom Ministerium telephoniert und die Freilassung von Daudets und Semard angeordnet. Ich möchte mich vergewissern, ob die Nachricht richtig ist. Der Camelot antwortete: „Ich selbst habe von Befehl des Ministers übermittelt. Verleihen Sie sich. Ich bin der Unterdirektor meines Privatbureaus und wenn der Befehl nicht sofort ausgeführt wird werde ich dafür verantwortlich gemacht. Das kann zu Unannehmlichkeiten führen; denn die Presse ist bereits von der Tatsache unterrichtet.“

Daraufhin begab sich der Direktor sofort in die Zelle Daudets, der von der Mitteilung über seine Entlassung überrascht, zu weinen begann und den Gefängnisdirektor umarmte. Dieser forderte Daudet auf möglichst bald seine Kleider zu packen und das Gefängnis zu verlassen. Dann begab er sich mit der gleichen Nachricht in die Zelle von Delejis. Inzwischen war vor dem Gefängnis eine Kraftdroschke vorgefahren, die die Camelots du Roy requiriert hatten. Der Gefängnisdirektor begleitete die beiden Entlassenen bis zur Schwelle des Gefängnisses. Sie bestiegen das Auto und fuhren in der Richtung des Boulevards Aragon davon. Seitdem sind sie unauffindbar.

Der Chefredakteur der „Action Française“ wurde vom Untersuchungsrichter vernommen, um Auskunft über die Durchführung des gestrigen Handstreiches zu geben. Er erklärte, ich hatte an den Verleumdungen, die zur Befreiung der Gefangenen führten, keinen direkten Anteil.

Das Kabinett trat noch am Samstag abend zusammen, um über die Flucht Daudets zu beraten.



Badischer Städteverband

Der Badische Städteverband hielt am 18. d. Mts. in Weingarten eine Vorstandssitzung ab. Aus der umfangreichen Tagesordnung sind, wie uns geschrieben wird, folgende Verhandlungsgegenstände hervorgehoben:

Es war die Prüfung der Frage angeregt worden, ob nach der Einführung der Arbeitsgerichte auf Grund des Arbeitsgerichts-gesetzes noch ein Bedürfnis für die Beibehaltung der Gemeindegerichte und der Schiedsmannstelle bei den Gemeinden besteht. Der Vorstand ist der Meinung, daß die Gemeindegerichte und Schiedsmannstellen im Interesse der Bevölkerung bestehen bleiben sollen.

Gemeinde-Rundschau

Der Bürgerausschuß Karlsruhe führte am Samstag nach dreitägigen Verhandlungen die Voranschlagsberatung zu Ende. Zu Anfang der Sitzung gab es erregte Auseinandersetzungen zwischen Volkspartei und Zentrum, das den Antrag auf Wiedereinsetzung der 10000 M für die Theaterplätze der Bürgermeister- und Stadträte eingebracht hatte und dabei von den Sozialdemokraten lebhaft unterstützt wurde.

Aus der Landeshauptstadt

Die Gründungsfeier des N.-S. Waffentings. Am 10. April d. J. ist von den hiesigen, dem Allg. Deutschen Waffenting angehörigen Mithrasverbänden die Gründung des Mithras-Waffentings Karlsruhe erfolgt.

Karlsruher Rennen. Auf den Rennwiesen bei Klein-Rüppurr herrschte am gestrigen Samstag reger Betrieb. Der um die Förderung der Pferdezucht sehr verdiente Karlsruher Rennverein hatte mit der Durchführung dieser sommerlichen Rennfestes einen großen Erfolg.

Badisches Landestheater. Am Dienstag, den 28. Juni, findet unter musikalischer Leitung von Dr. Heinz Knoll und unter der Regie von Helmut Große eine Neueinstudierung von Puccinis Musikdrama „Tosca“ statt.

Kurze Nachrichten aus Baden. Sonntag Mittag gegen 2 Uhr durchfuhr das vom Besitzer selbst gesteuerte Auto des Kaufmanns Dr. Welz aus Kastatt bei Raststation 182 im Bahnhof Muggensturm die geschlossene östliche Wegsperre.

B3. Heidelberg, 25. Juni. Der Haushaltsausschuß des Badischen Landtages hat die Absicht, demnächst die hiesigen Universitätsgebäude und dazu gehörige Einrichtungen zu besichtigen.

B3. Säckingen, 27. Juni. Wie man hört, sind die Verhandlungen mit dem Besitzer des Trompertschloßes bereits weit fortgeschritten. Man hört einen Kaufpreis von 180 000 M. Die Schloßgut-Vergesellschaft soll das Gelände geben für einen neuen Schulbau.

WLB. Freiburg, 27. Juni. Im Verfolg der frühen Witterung und der reichen Niederschläge der letzten Tage kam es gestern abend im süßlichen Schwarzwald zu starken Regenfällen bei erheblichem Tem. peraturrückgang.

Handel und Wirtschaft

Table with exchange rates for various cities: Amsterdam, Kopenhagen, Italien, London, New York, Paris, Schweiz, Wien, Prag.

Die amtliche Großhandelsindexziffer vom 22. Juni 1927. Die auf den Stichtag des 22. Juni 1927 berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes ist gegenüber der Vorwoche um 0,4 v. H. auf 137,4 (138,0) zurückgegangen.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung. Unter Bezugnahme auf die Bestimmung in § 20 Absatz 1 Satz 2 der badischen Verfassung vom 21. März 1919 wird nachstehend der vom Gesamtministerium angenommene Entwurf eines Gesetzes über die vierte Änderung des Gebäude-sondersteuergesetzes bekanntgegeben.

Entwurf eines Gesetzes über die vierte Änderung des Gebäude-sondersteuergesetzes. Das badische Volk hat durch den Landtag am ... 1927 das folgende Gesetz beschlossen:

- Artikel I. Das Gebäude-sondersteuergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Juli 1926 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 91) wird wie folgt geändert: 1. Im § 7 ist in Absatz 2 am Schlusse statt der Worte von "je 14 und" bis "je 16 Reichspfennig" zu setzen: "je 14", vom 1. Juli 1926 bis 30. April 1927 monatlich je 16 und vom 1. Mai 1927 an monatlich je 18 Reichspfennig."

Artikel II. Die zum Vollzug erforderlichen Bestimmungen erläßt das Finanzministerium im Benehmen mit dem Ministerium des Innern.

Bekanntmachung. Apotheke in Rönigshefen. Dem Apotheker Oskar Lautemann in Mannheim wurde die persönliche Berechtigung zum Betrieb der Apotheke in Rönigshefen, Amt Tauberbischofsheim, verliehen.

Betrieb eines Totalisators durch den Rennverein Schwarzwald. Dem Rennverein Schwarzwald in Schwarzwald ist die Erlaubnis zum Betriebe eines Totalisators bei dem am Sonntag, den 3. Juli 1927, in Schwarzwald stattfindenden Pferderennen erteilt worden.

Personeller Teil. Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten. Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts. Ernannt: Fortbildungsschulhelferin Emma Booz in Bruchsal zur Oberlehrerin an der Mädchenfortbildungsschule Döselbst.

Zur Tagung des Südwestdeutschen Kanalvereins

Der Südwestdeutsche Kanalverein hat schon vor Jahresfrist auf seiner damaligen Tagung in Ilm beschlossen, die diesjährige Hauptversammlung in Mannheim und Heidelberg abzuhalten. Auf diese Weise wollte er seinen Mitgliedern Gelegenheit geben, die gemaltigen, in den letzten Jahren am unteren Neckar zum Zweck der Kanalisierung errichteten Bauwerke zu besichtigen.

Die Tagung beginnt am Dienstag, den 28. Juni in Mannheim und eine Einladung der Stadt Mannheim zum Besuch des reichhaltigen und wertvollen Schlossmuseums und des Planetariums gibt den Teilnehmern Gelegenheit, sich in zwangloser Weise in Mannheim zusammenzufinden.

Lohnbewegungen in Baden

Zum Lohnstreit in der Uhrenindustrie. Der am 15. Juni vom Schlichtungsausschuß notweil gefällte Schiedsspruch in der Uhrenindustrie über die Arbeitszeitregelung und den Urlaub wurde von den Arbeitgebern angenommen.

Badisches Landestheater

"Fräulein Julie" - "Anatols Hochzeitsmorgen". Am Samstag abend verabschiedete sich Herma Clement in "Fräulein Julie". Eine eingehende Würdigung des Strindbergschen Schauspielers erübrigt sich, da die Aufführung in den Kammerkspielen noch in naher Erinnerung sein dürfte.

Verband der Freunde der Universität Freiburg i. Br. Der Verband der Freunde der Universität Freiburg i. Br., der im November vor. J. durch Zusammenschluß der Akademischen Gesellschaft, der Dozentenhilfe, der Studientenhilfe und der Volkshochschule ins Leben gerufen wurde und der die Zusammenfassung aller an der Universität interessierten Kreise Oberbadens sowie die Beschaffung von finanziellen Mitteln bezweckt, hat seinen ersten Geschäftsbericht herausgegeben.

